

# Korrespondent

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

57. Jahrg.

Abonnementpreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstags und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 24. Mai 1919.

Einzelgenpreis: Verlags-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 20 Pf., die fünfzeiligen Zeile; Anzeigen, Verkaufs- und alle sonstigen Anzeigen 60 Pf., die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 57

### Schiedspruch des Reichsarbeitsamts für das deutsche Buchdruckgewerbe

Berlin, den 21. Mai 1919.

Zur Beilegung der Streitigkeiten im Buchdruckgewerbe hat der für diesen Zweck einberufene Schlichtungsausschuss, an dem folgende Herren teilgenommen haben: Landgerichtsrat Wulff als Vorsitzender, als Beisitzer die Herren Kommerzienrat Friedrichs, Kommerzienrat Haberland, Kreisinspektor Braumüller und die Gewerkschaftsbeamten Förstern, Ritter und Schulze, folgenden Schiedspruch gefällt:

1. Der Antrag auf Verkürzung der Arbeitszeit wird abgelehnt, und zwar mit Rücksicht auf den bestehenden Tarifvertrag. Ausgabe der Parteien wird es daher sein, nach Ablauf des Tarifvertrags hierüber in Erörterungen einzutreten.
2. Alljährlich in den Monaten Mai bis Oktober hat jeder Gehilfe unter Fortzahlung des Lohnes Anspruch auf einen Erholungsurlaub, dessen Dauer sich nach der Beschäftigungszeit im Betriebe richtet. Zu gewähren sind: bei einer Beschäftigung von 9 Monaten im Betriebe 5 Tage, für jedes weitere Beschäftigungsjahr steigt der Urlaub um je einen Tag bis zur Höchstgrenze von 15 Tagen. Sonn- und Festtage werden hierbei nicht mitgerechnet. Militärische Dienstzeit zählt als Beschäftigungszeit, falls der Gehilfe vor dieser Dienstzeit bereits bei der Firma beschäftigt war. Die Reihenfolge für den Urlaubsantritt bestimmt die Geschäftsleitung; bei Meinungsverschiedenheit sind die Vertrauensleute zu hören. Den Wünschen der einzelnen Gehilfen ist nach Möglichkeit Rechnung zu tragen; Auslösung ist zulässig. Für Berechnung kommt der Durchschnittslohn in Betracht. Bei unberechtigter Entlassung vor Antritt des Urlaubs hat auf Antrag das Schiedsgericht über eventuelle Urlaubsentschädigung zu entscheiden. Der Urlaub ist im Fall einer Entlassung ohne weiteres zu bezahlen, wenn sie innerhalb 3 Wochen vor Antritt des Urlaubs erfolgt und der Entlassene mindestens ein Jahr im Betriebe tätig gewesen ist.
3. Die Teuerungszulagen betragen wöchentlich: in Orten mit Lokalausschlägen bis zu 5 Proz. 15 Mk., über 5 bis 10 Proz. 18 Mk., über 10 Proz. 20 Mk. Die in den letzten Wochen gewährten laufenden Sonderzulagen sind auf die neuen Teuerungszuschläge anzurechnen. Befehlen sie aus einer einmaligen Zuwendung, so dürfen sie nur in Höhe von höchstens einem Drittel in kleinen Raten verteilt angerechnet werden. Soweit heute schon bessere Arbeitsbedingungen bestehen, werden sie durch den vorliegenden Schiedspruch nicht berührt und müssen beibehalten werden. Der Beginn der Teuerungszulagen wird auf Montag, den 5. Mai 1919, festgesetzt.
4. Die Dauer dieses Abkommens erstreckt sich bis zum 31. August 1919.

Wulff.

Ernst Schulze. Alwin Förstern. Adolf Ritter. Friedrichs. Georg Haberland. Braumüller.

Vorstehender Schiedspruch hat mit dieser Veröffentlichung noch keine Rechtskraft erlangt. Der Schlichtungsausschuss des Reichsarbeitsamts hat für die Annahme oder Ablehnung beiden Parteien eine dreitägige Bedenkzeit offen gelassen. Diese Frist läuft am 24. Mai ab. Wir sind also bei Fertigstellung dieser Nummer noch nicht in der Lage, die Rechtsverbindlichkeit dieses Urteils feststellen zu können.

Die Redaktion.

### Die Arbeiterchaft und der Ententefrieden

Saben wir uns in Nr. 54 allgemein mit dem beschäftigt, was das so arg verunglückte Unternehmen Wilsons zu einem Weltfrieden der Gerechtigkeit und Verbesserung für das unterlegene Deutschland zu belagen hat, so machen sich jetzt noch Betrachtungen notwendig darüber, wie die Wirkung für die Arbeiterklasse ausgefallen wird, und wie in dieser Hinsicht die Stellungnahme zu dem ist, was in Paris sechs Monate lang ausgeknobelt wurde.

Der 21. Mai, mit dem die Bedenkzeit Deutschlands abließ, sollte der kritische Wendepunkt sein, an dem sich zeigen muß, wie weit die inzwischen in allen Ländern erregt besprochenen drakonischen Bedingungen — die historische Demokratie des Westens, wie Frankreich immer überschätzt worden ist, hat sie bezeichnenderweise einstweilen aus ausländischen Pressestimmen kennen gelernt! — Handelsobjekt oder brutales Diktum sein werden. Darüber wird aber nach wie vor das Erstaunen groß oder vielmehr grenzenlos sein, daß unter den gegnerischen 27 — Neben- und zwanzig! — Staaten, die für den Friedensschluß mit Deutschland in Betracht kommen, sich nicht eine ganze Anzahl von Regierungen gefunden hat, die der imperialistisch-kapitalistischen Organe der drei Großmächte Paroli

hof. Denn über die direkten oder die notwendig verschleierte Gebietsannexionen von Deutschland, Österreich und der Türkei hinaus, einschließlich unserer Kolonien ein sehr großes Objekt, welche bereits Zündstoff zu Explosionen der hochtrabenden Sieger untereinander gebildet haben, hat doch für sie unsere wirtschaftliche Lahmlegung auch eminente Bedeutung.

In einer „Annerktion der deutschen Industrie“ zugunsten von Frankreich, England und Amerika, um die es sich in erster Linie handelt, können sie doch keineswegs desinteressiert sein! Anstatt dessen findet man in der französischen Presse gar nicht selten die Auffassung vertreten, daß Deutschland noch froh sein müsse, so wegzukommen; der einstmalen einem ausschweifenden Radikalismus huldigende Patentsgenosse Heré orakelt in seinem Blatte sogar von einem „Clemenceau-Frieden mit viel härteren Bedingungen“, wenn Deutschland nicht mit geschledeten Fingern das ihm vorgelegte Todesurteil unterschreibe. Mit der Androhung von starken Wirtschaftsrepräsentationen, der Fortführung der Blockade in noch schärferer Form und andern die deutsche Produktion noch mehr einschränkenden Bestimmungen wurde auch nicht gespart.

Zu ungezählten Malen war von Deutschlands Gegnern die Berufungsformel zu hören, der Krieg werde nicht gegen das deutsche Volk, sondern gegen den preussischen Militarismus und gegen den „Kaiserismus“ geführt. Es ist darauf nicht zuletzt die in deutschen Arbeit-

kreisen entstandene mickelhafte Auffassung zurückzuführen, daß es ja einerlei sei, ob man von deutschen, von französischen oder englischen Kapitalisten ausgebeutet werde. Diese Ansicht hat, wie so vieles andre, was friedfertige Gemüter von den großen Friedensverhandlungen glauben erwarten zu dürfen, nun eine gewaltige Korrektur erfahren.

Die von Deutschland geforderte Wiedergabe in Höhe von 370 000 Stück aller Art ist in dem traurigen Stadium, das wir mit unermüdetem Fleiß erreicht haben, geradezu eine neue Kriegserklärung an das deutsche Volk. Sogar die „Völkische Volkszeitung“ laßt diese Forderung als „Todesurteil“ auf, denn eine solche Abgabe von Wiedergabe heißt den Tod vieler unschuldiger Kinder, Greise und Kranker diktiert, da die Milchversorgung jetzt schon völlig unzureichend sei. Tatsächlich nimmt sich die zugelegte und zum Teil schon bewerkstelligte Verforgung mit Fleisch und Fett durch die Miltarien wie blutiger Hohn dazu aus, weil Geben und Nehmen in gar schlechtem Verhältnis zueinander stehen. Die uns verloren gebenden Gebiete im Osten repräsentieren mehr als 25 Proz. der deutschen Getreide- und Kartoffelernte, dazu einen bedeutenden Ausfall an Fleisch, Milch, Butter und Zucker. In industrieller Beziehung ist die Minderverforgung mit Kohle einfach katastrophal. Das Saarrevier und Elsass-Lothringen produzierten im letzten Friedensjahre 17 Millionen Tonnen, Obersteier 49 Millionen (ein Drittel der Steinkohle überhaupt), obendrein sind auf lange Zeit jährlich 40 Millionen Tonnen Kohle aus den verbleibenden Kohlenfeldern auszuführen. Es würde der deutsche Bedarf also zu fast 50 Proz. ungedeckt bleiben! Die Braunkohle wird uns jedoch beinahe ungeschmälert erhalten bleiben, für die Industrie liegt der Schwerpunkt aber in der Steinkohle. Von einschneidender Bedeutung ist der kommende Verlust in der Erzförderung durch den Übergang der so wertvollen lothringischen und luxemburgischen Eisenindustrie an Frankreich, wodurch wir an Eisengehalt 77 Proz. einbüßen, während Frankreich damit nun überlegen sein wird. Die deutsche Stahlindustrie erleidet durch die Abtrennung von Oberschlesien eine schwere Beeinträchtigung. Im Elsass sind Stahl und Petroleum in zunehmendem Maße produziert worden, diese Einbuße ist daher nicht unbedeutend. Ist auch das Verlustkonto der Rohstoffindustrien von weit größerem Belang, so bildet das, was wir auf dem Gebiete der Fertigungsindustrien durch die Gebietsabtretungen verlieren sollen, doch auch einen bedeutsamen Faktor. In Oberschlesien sind es die Zementindustrie, chemische Industrie, Textilindustrie, Spiritusindustrie; in Westpreußen: holzverarbeitende Industrie, Zuckerindustrie, Mühlenindustrie, Brennerie, landwirtschaftliche Maschinenfabrikation, Metallindustrie; in Elsass-Lothringen: Lederindustrie, Textilindustrie (besonders Baumwollspinnereien), Maschinenindustrie, Mühlenindustrie, Weinbau und Weinproduktion. Dazu müssen wir, unabhängig von den Annerktionen, bis zum Jahre 1925 auch 25 Proz. unserer Garbstoffherzeugung abliefern.

Nun soll zu allem ein noch nicht endgültig feststehender Schadenerfab kommen, der sich aber „vorläufig“ schon auf 60 Milliarden Mark in Goldparität beläuft, von denen 20 Milliarden innerhalb zweier Jahre bezahlt werden müssen. Wir haben also in Anbetracht der Geldentwertung mit einer Summe von 150 Milliarden in Papier zu rechnen, die uns zugunsten der geschädigten Zivilbevölkerung in gewiß höherer Anrechnung abgehüpft werden soll. Kautsky hat diesen Punkt in der „Freiheit“ einer besonderen Betrachtung unterzogen und meint, wenn Deutschland in Friedenszeiten jährlich etwa 10 Milliarden Mark Überschub über seinen Jahresverbrauch hinaus ansammeln konnte, so sei jetzt bei Verminderung des Volkseinkommens durch den Krieg um ein Drittel und entsprechenden Sinken seiner Produktivkraft — es wird wohl ein höheres Maß der Verringerung anzunehmen sein! —, „wo viele Unternehmungen, private und staatliche, gar keinen Überschub abwerfen, oft sogar mit Verlust arbeiten“, eine solche Summe auch nicht annähernd aufzubringen. Es kommt hinzu, daß auch neun Zehntel

der Schiffstonnage ausgeliefert werden sollen. Auf die noch ausbedungenen Vorrechte der Allierten kann hier nicht eingegangen werden. Der gegen die deutsche Volkswirtschaft geführte Schlag ist von so furchtbarer Wirkung, daß auch ein so lichtsüchtiges Volk, wie wir es waren, ihn gar nicht zu parieren vermögen.

Soll nun Deutschland 88 Proz. von seiner verbleibenden Bevölkerung auf einem um 18 Proz. verkleinerten Boden ernähren, so ist die andre Schwierigkeit, bei der weitgehenden Unterbindung seiner Produktionskraftquellen die Arbeitermassen zu beschäftigen, noch größer. Man hat berechnet, daß bei ungemildeter Annahme des Diktatfriedens ungefähr 15 Millionen Menschen arbeitslos werden würden. Ob diese Ziffer oder eine auch geringere (10 Millionen) oder die ebenfalls aufgestellte von 20 Millionen das Richtige treffen, kann noch niemand sagen. Unheimlich wird das Ergebnis in bezug auf die Beschäftigungsmöglichkeit (wie auch für die Ernährungs-möglichkeit) gewiß werden. Die 800000 zurückgebliebenen Kriegsgefangenen werden zur Verschlimmerung des elendestehenden Zustandes noch beitragen.

Wenn die Allierten nicht gegen das deutsche Volk haben kämpfen wollen, der von ihnen ausgefüllte Frieden ist ein noch lange währender grausamer Krieg gegen das eigentliche Volk, gegen die Arbeiterklasse! Es ist der Auflassung der „Deutschen Arbeiterbewegung“, Frankreich und England wollen so „mit der gefühllosen und deshalb ihnen in den Tod verhassten deutschen Industrie abrechnen“, ja nicht zu widersprechen, wie auch der Behauptung von Erwin Barth im „Vorwärts“: „Die Sorge um den entsetzlichen Kapitalismus ist die Mutter des Diktats“, nichts entgegenzustellen sein wird. Aber daraus erwächst nicht dem deutschen Kapitalismus, sondern der deutschen Arbeiterklasse der schlimmste Schaden und hieraus dem Sozialismus die größte Gefahr. Es ist doch klar, daß nur von Deutschland, nicht von der Sowjetrepublik Rußland aus die wirtschaftliche Umwälzung mit dem Endziele der Entthronung des Kapitalismus ihren Weg nehmen kann. In der dem (links)sozialdemokratischen Dr. Otto Bauer, dem Staatssekretär für Sozialisierung in Österreich, soeben erschienenen Schrift „Der Weg zum Sozialismus“ heißt es aber in den Voraussetzungen zur Sozialisierung: „Die Einbuße von Lebensmitteln und Rohstoffen muß zuerst wieder frei werden, unsere Maschinen müssen zuerst wieder in Gang gebracht werden. Wir müssen zuerst wieder zu arbeiten beginnen, damit wir nicht mehr von der Gnade des Siegers abhängig, nicht mehr seinem Willensgebot unterworfen, sondern frei sein, unsre gesellschaftlichen Verhältnisse nach unserm eignen Bedürfnis und unserm eignen Willen zu gestalten.“ Nach der „Gnade des Siegers“ wird es durch diesen Frieden aber noch vielmehr an allem fehlen, auch an der Entlastung des eignen Willens. Man bedenke nur, wie jämmerlich arm wir an Rohstoffen geworden sind! Woran allerdings die keinen Weg zur Sozialisierung bildenden zahllosen politisch-bergarbeiterkreise ja auch sehr viel Schuld tragen. Der Sozialismus wird nur möglich durch gewaltige Entlastung der Produktionskräfte, sagt Stauss in seiner Schrift „Die Diktatur des Proletariats“. Werden diese aber so außerordentlich geschwächt, wie es in Deutschland durch den Ententfrieden nun vollends eintreten soll, dann kann das physisch zum Degenerieren verurteilte deutsche Proletariat auch schwerlich oder überhaupt nicht die Kraft finden, den Sozialismus voranzutragen. Mit der ununterbrochenen Folge von Lohnbewegungen, Streiks und Generalstreiks wird es da nicht allein bald aus sein — bei einer sich weiter ausdehnenden Besetzung Deutschlands auch schon durch das Machtgebot der Besatzungsbehörden —, sondern noch vieles andre hätte sich dann erledigt bei uns. Die Labnlegung der deutschen Schiffindustrie durch die gekennzeichnete wirtschaftliche Vergewaltigung Deutschlands ist also — wohl zu beachten — eine Kriegserklärung an den Sozialismus! Der internationale Kapitalismus will mit dem erschreckenden Szenario des in Paris jetzt residierenden Imperialisismus einen Triumph feiern, wie ihn die Weltgeschichte noch nicht kennt und — das kann ebenfalls als sicher gelten — auch nicht wieder erleben wird.

Die Schlimmlichkeit des Beweises, daß die Entente gegen die Arbeiterklasse selbst ein böses Gegenpiel treibt, kann als erbracht angesehen werden, wie sie den von der deutschen Regierung aufgestellten Entwurf eines Abkommens über das internationale Arbeiterrecht aufgenommen hat. Bekanntlich hatte die vordememberliche Regierung in Deutschland der Leitung der Gewerkschaften schon weitgehende Zusagen gemacht, die neue ist in der Erfüllung weitergegangen, indem sie wichtige Errungenschaften der Revolution, wie Achtstundentag und garantierte Koalitionsfreiheit, in das deutsche Sozialprogramm aufgenommen hat, dessen weitreichende Bedeutung unsern Lesern aus der Tagespresse bekannt sein wird. Unsere Regierung hat den Präsidenten der Friedenskonferenz, Clemenceau, in ihrer Note darauf aufmerksam gemacht, daß die Beschlüsse der allierten Gewerkschaftskonferenz in Bern (Februar 1919), an der Ver-

treter aus 16 Ländern (darunter auch Frankreich und England) teilgenommen haben, hierfür als Grundlage dienen. Mit der Abrechnung dieser Forderungen „im Auftrag der Gewerkschaften Deutschlands“ verband die deutsche Delegierten den Antrag, zum Zwecke der Mitwirkung von Arbeitern an dem zu schaffenden internationalen Arbeiterrecht „noch während der Friedensverhandlungen Vertreter der Landesorganisations der Arbeitergewerkschaften aller vertragschließenden Länder zu einer Konferenz nach Versailles zu berufen“. Das neue Deutschland hatte damit einen guten Wurf getan, und es mühte sich nun zeigen, wie die Auffassung bei der Entente über soziale Gerechtigkeit ist.

Was Clemenceau dem Grafen Brodorsky-Ranhou darauf geantwortet hat, ist nicht ein diplomatischer, sondern ein jehusischer Eierkopf! Der Friedensentwurf der Entente behandelt in einem Teil auch die Organisation der Arbeit, für die eine ständige Einrichtung („Internationale Konferenz“) geschaffen werden soll, wozu am Sitze des Völkerbundes ein internationales Arbeitsamt hinzutreten soll. Die Vertreter der Arbeiter — nicht die Gewerkschaften — in beiden Institutionen sind so zugelassen, daß sie gegen die Regierungs- und die Unternehmerdelegierten gar nicht aufzukommen vermögen. Die Arbeiterorganisationen können nicht einmal direkt mit diesen Einrichtungen in Verbindung treten. Im Oktober 1919 soll die erste internationale Konferenz stattfinden. Der Friedensabschluss soll also von Einwirkungen der Arbeiterklasse bzw. der Gewerkschaften ganz unberührt bleiben: „Es ist nicht für nötig erachtet worden, eine Arbeiterkonferenz nach Versailles einzuberufen“, sagt Clemenceau. In Washington soll „schon“ über die von der Berner Gewerkschaftskonferenz aufgeworfenen „Fragen“ verhandelt werden! Deutschland hat im übrigen zu unterschreiben, was als „Arbeiterabkommen“ in den Friedensvertrag aufgenommen werden soll und, wie zu betonen ist, in ganz unzulänglicher Weise von der Friedenskonferenz aufgestellt worden ist. Deutschland kann aber nicht einmal ohne weiteres an der Konferenz in Washington teilnehmen, sondern es muß erst in den Völkerbund aufgenommen werden, der fast ebenso schon zum Wespott geworden ist wie der verheißene Frieden der Gerechtigkeit und Verbesserung. Die Aufnahme Deutschlands hat man jedoch zu einem ebenso unwürdigen Spiele gestattet. Dann bringt es der alte französische Renardesepffel sogar noch fertig, an der Hand von kleintlichen formalen Einwänden den in der Sache ganz einwandfreien deutschen Entwurf als lächerlich zu bezeichnen.

Der Notenwechsel über das internationale Arbeiterrecht offenbart nicht nur zwei grundverschiedene Auffassungen: von deutscher Seite auf die Forderungen der Gewerkschaftskonferenzen laufende positive Vorschläge mit dem dringlichen Erläutern um Erledigung schon in Versailles, von allierter Seite glanzlosigstenfalls ein zweifelhafter Wechsel auf die Zukunft, er ist von lehrreicher Seite auch eine Brückentragung der Arbeiter, und das nicht etwa nur der deutschen. Es liegt das so ganz im Zuge der Pflöckerweigerung für die Delegierten aus den gegnerischen Hauptländern für Stockholm und Bern 1917. Das halbabsolutistische frühere Regierungssystem in Deutschland hat nicht gewagt, was die großen Demokraten kasschnäusig darin fertiggebracht haben. Man darf von den Ententeregierungen, die in den Bahnen ihrer siegreichen Kapitalistenklasse wandeln, sich also wahrlich nicht viel versprechen für die Arbeiterklasse!

Es ist auch nichts als eine arge Wbrale von Clemenceau, wenn er in seiner Antwort über die Lösung der Arbeiterfragen die Abzuegung ausdrückt, „daß in Zukunft solche Lösungen leichter erreicht werden, wenn das Gemüt der Menschen von dem Drude der Angst vor dem Kriege, welcher die Industrie von der Last der Rüstungen befreit sein wird, die der deutsche Militarismus ihr auferlegte“. Wenn das wirkliche Abzuegung wäre, hätten die dargelegten Friedensbedingungen nicht den aufreizenden Charakter haben dürfen, den sie in allem aufweisen. Wie kann von diesen „Friedenskünstlern“ für die Sozialreform und ein wahres Arbeiterrecht noch etwas erwartet werden, wenn sie mit ihren Deutschland aufzuerlegenden Verpflichtungen in schlimmerer Weise gefährden, was die deutsche Arbeiterklasse sich durch eigene Kraft oder auf dem Wege der sozialen Gesetzgebung errungen hat? Was können die Krankenversicherung, die Unfallversicherung, die Invalidenversicherung noch leisten, wenn die finanzielle Kraft Deutschlands demnach erschlagen wird? Wie soll die Arbeitslosenversicherung zur Einführung gelangen, wenn die durch den grausam harten Friedensvertrag in noch viel größerem Maße für die Arbeitslosenunterstützung erforderlich werdenden Geldmittel nicht mehr zu beschaffen sind? Sagi doch Kaufsch in seinem bereits angezogenen Artikel, Deutschland habe statt der Abgabe von jährlich 20 Mill. Mk. in Gold in den nächsten Jahren vielmehr solche Werte vom Ausland in der Form von Anleihen notwendig, „wenn es fähig werden soll, mit Erfolg zu produzieren und überhaupt zu leben“.

Auf ein außerordentlich einschneidendes Moment macht ein Artikel im „Berliner Tageblatt“ vom 21. Mai auf-

merksam. Es ist nämlich fast allenthalben die in Paris einzulebende und aus je einem Vertreter aus Nordamerika, Frankreich, Italien und Belgien zu bildende „Wiedergutmachungskommission“ übersehen worden, die ungewöhnlich weitreichende Befugnisse eingeräumt erhalten hat. Diese Kommission ist „an keine Gesetzgebung noch an bestimmte Gesetzgeber gebunden“ und hat, so lange die Wiedergutmachung der Schäden aus dem Kriege nach Maßgabe der Friedensbedingungen nicht erfüllt ist — und das wird eine nicht absehbare Zeit sein —, dafür zu sorgen, daß alle Einkünfte Deutschlands in erster Linie für die Zahlung der für die Wiedergutmachung angerechneten Summen verwendet werden. Sie hat das Recht, durch ihre Beamten in jeder Weise eine Kontrolle auszuüben; das kann geschehen durch eine höhere Bemessung der Steuern und sonstigen Abgaben oder niedrigerer Ansetzung von Leistungen des Reiches und der Gliedstaaten, was auch solche sozialpolitische Natur einschließt und sich selbst auf soziale Erziehungsmittel wie den Achtstundentag oder höhere Löhne erstrecken kann. Die Wiedergutmachungskommission kann eben überall dreintreten, und das Reich hat sich dem zu fügen. Es ist also gar nicht abzusehen, was noch werden mag.

Nach einer von der „Volkstimme“ in Frankfurt a. M. vor einigen Tagen gebrachten Meldung, daß in der dortigen Gegend zwei Schußfabriken von der Besatzungsbehörde geschlossen wurden, obwohl sie noch Rohstoffe zur Verarbeitung hatten, 100000 Paar Schuhe nur zum Friedenspreise beschlagnahmt und nach Frankreich geschafft wurden, die durch diese Maßregel brotlos gewordenen Arbeiter von 17 bis 32 Jahren aber als Arbeitslose nach Frankreich zum Wiederaufbau geschickt werden, was mit Beschäftigungslosen überhaupt methodisch gehandhabt wird, eröffnen sich auch frühe Aussichten für die Arbeiterklasse. Den Deportationen von deutscher Seite aus Belgien und Nordfrankreich konnte bekanntlich durch Einspruch der Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei ein Ende gesetzt werden, wer aber wird sich für die deutschen Deportierten einlegen, wenn nunmehr eine Behörde wie die Wiedergutmachungskommission nach eigenem Ermessen schalten kann?

Wilson hat untes Erachtens keine Rolle noch nicht ausgespielt; man kann auch lesen, daß ihr besserer Teil erst kommen wird, wenn Deutschlands Gegenvorschlüge vorliegen und mündliche Verhandlungen zugefanden werden. Wir wollen diese Hoffnung wenigstens etwas teilen, denn wir neigen in der Beurteilung des „Problems Wilson“ der Auflösung des „Leipziger Tageblattes“ zu, das kürzlich schrieb, man dürfe nicht übersehen, daß Wilson Ideologie sei und — Professor. Wie er mit seinen 14 Punkten zum Frieden und seinem Plan eines Völkerbundes in der Welt der rauhen Wirklichkeit von Clemenceau, Lloyd George und der kapitalistischen Imperialisisten geschickelt wäre, so sei es auch den Lieblinchen, Luxemburg, Eisner, Landauer usw. ergangen mit ihrem Schnellbau der sozialistischen Welt. Die einen wie der andre hätten sich ungeheuer verrechnet. Wilson wird sich aber von seiner Fehlspekulation wohl schon etwas erholt haben, und so dürfte es noch nicht ganz ausgeschlossen sein, daß er nunmehr als Realpolitiker den Friedensvertrag noch einigermassen mit staatsmännischer Einsicht zu vereinen wissen wird, denn auch diese lehnt dem Entwurfe, ganz, was ihn zu einer „Mißgeburt selbst für die Ententeländer machen müßte. (Schluß folgt.)

## □ □ □ Korrespondenzen □ □ □

Berlin. Am 1. Juni kann der Korrektor Julius Schwarz, beschäftigt bei der Firma Illstein & Co., auf eine fünfzigjährige Berufstätigkeit zurückblicken. Er war ursprünglich zum Kaufmann bestimmt, doch trieb ihn seine Neigung zu Gutenbergs Kunst. Sein Gemeinschaftsgefühl ließ ihn nach Beendigung seiner Lehrzeit sofort den rechten Weg zu der organisierten Schicklichkeit finden. Die Wanderjahre führten ihn aus seiner Heimatstadt Budapest nach Deutschland, wo er in den bedeutendsten Druckhäusern vorübergehend konditionierte. In Berlin fand er endlich eine zweite Heimat. Bei allen Tarifbewegungen stand er mit in erster Reihe. Schon bei Einführung des 73er Tarifs war er erfolgreich als Vertrauensmann tätig. Als eintriger Sangesbruder schloß er sich der Berliner „Typographie“ an, deren Vorsitzender er in den 80er Jahren war. Durch sein freundliches, offenes Wesen hat er sich die Liebe und Achtung seiner Kollegen in reichem Maße erworben, und so beglücken ihn an seinem Ehrentage die besten Wünsche für die Zukunft.

Berlin. (Brandenburgischer Maschinenlehrerverein.) Die Monatsversammlung am 4. Mai erfreute sich zahlreichen Besuchs. Eingangs seiner Vereinskommunikationen gab der Vorsitzende das Ableben von vier Mitgliedern bekannt. Die während des Krieges erschienenen und noch vorrätigen „Technischen Mitteilungen“ werden an die Kriegsteilnehmer in der nächsten Versammlung (1. Juni) verabfolgt. Dem ersten Vierteljahr 1919 hatten wir 76 Neuaufnahmen, deren ein Abgang von 15 Mitgliedern gegenübersteht, so daß die Zahl der arbeitenden Mitglieder am 1. April bereits auf 877 angewachsen war.



Der von der Zentralkommission geforderte Utrahabtrag von 1 Mk. pro arbeitendem Mitglied wird aus der Vereinskasse entnommen. In längeren Ausführungen ging Kollege Braun noch auf die bevorstehende Tarifauschüttung ein. Hierauf begründete Kollege Bielefeld die von der Zentralkommission ausgearbeiteten Anträge zu den Sonderbestimmungen für Maschinenfeger. Eine rege Debatte schloß sich an. Die von den einzelnen Rednern ausgesprochenen Wünsche und Anregungen wurden der Zentralkommission mitgeteilt, die diese Anträge vor der Einreichung an den Gehilfenkreisvertreter dementsprechend abändern soll. Zur Aufnahme meldeten sich 14 Kollegen.

**yr. Bielefeld.** Am 9. Mai legte hier eine sehr zahlreiche Beschlusse Versammlung. Auch Kollegen des Bezirks nahmen daran teil, da unser Gauvorsitzender Albrecht (Köln) es in dankenswerter Weise übernommen hatte, vor seiner Abreise zur Tarifauschüttung hier zu referieren. Nach Erörung dreier verstorbenen Kollegen, leider auch eines in Gefangenenschaft befindlichen, verewies Vorstehender Bielefeld auf den Geschäftsbericht des Tarifamts und empfahl dessen Anschaffung. Drei Wiedere- und sechs Neuaufnahmen landten Bestätigung. Er gab alsdann einen kurzen Bericht über die Bezirks-Vertrauensmännerkung in Herford. Die dort gefassten Beschlüsse fanden Zustimmung. Sodann brachte er wiederum einen Fall von Schmutzkonturrenz zur Sprache. Es handelt sich um die Stellung eines Briefkloppers, zweifarbig. Während die eine Firma den tarifmäßigen Preis laut Druckprellerkart verlangte (Reinpost 1000 Stück 88,45 Mk., Blaupost 72,85 Mk.), verlangte die Konkurrenz diese für 38 bzw. 58 Mk. Diese Unterbietung fand Zurückweisung, und für die Zukunft werden solche Preisdrücker öffentlich mit Namensnennung gebrandmarkt. Die Umgehung Bielefelds wird vom Industriegebiet als sehr reichlich zu Sammlerfabren benutzt. Deshalb sind die Preise für die Waren, die man „hinterheben“ zu kaufen gezwungen ist, hier ganz besonders hoch und mit unerm. Lohn nicht mehr zu bestreiten. Aus diesem Anlasse hatten die hiesigen Kollegen an die Prinzipale die Bitte um Gewährung eines einmaligen Utrahabtrages gestellt. Nach mehrmaligem persönlichen und schriftlichen Verhandeln unseres Vorstehenden mit dem Prinzipalsvereinsvorsitzenden erklärten sich schließlich die Prinzipale, die inzwischen einen Arbeitgeberbund für das graphische Gewerbe gegründet hatten, zur Zahlung einer Summe von 40 Mk. für Verbetrieale bereit, die Lebigen sollten nichts bekommen. Dieses Anerbieten wiesen unsere Kollegen inoffen zurück. Die Prinzipale hatten sich im Graphischen Arbeitgeberbunde verpflichtet, falls die Gehilfen das Anerbieten ablehnen sollten, keine weiteren Zugeständnisse zu machen. Sondern erneut eine Beratung im Graphischen Arbeitgeberbund anzuberaumen. Durch diesen Beschluß der Prinzipale konnte keine Verständigung im hiesigen Tarifschiedsgerichte stattfinden, und die Kollegen der Firma E. Gumbach (H. G.) legten am 7. Mai, nachdem wiederholt angeforderte Verhandlungen infolge des unglücklichen Prinzipalschiedsgerichts resultarlos verlaufen waren, die Arbeit nieder. Am 8. Mai schlossen sich die Kollegen von G. D. Müller Nachf. an. Die beiden bürgerlichen Tageszeitungen konnten deshalb nicht rechtzeitig erscheinen. Als die Prinzipale sahen, daß die Kollegenchaft einig war, wurden sie entgegenkommender; es kam eine Verständigung zustande, wonach Verbetrieale einen einmaligen Utrahabtrag von drei Vierteln des Minimums, Lebige einen Lohn von drei Vierteln des Minimums, Gehilfen vom zweiten Lohnjahr ab 25 Mk., Hilfsarbeiter 40 Mk., Arbeiterinnen 20 Mk. erhielten. Daraufhin nahmen die Kollegen die Arbeit wieder auf. Mit Ausnahme der Druckerei der Wistaff Fabrik, wo noch verhandelt wird, haben alle hiesigen Druckereien diese Fälle bewilligt, teilweise sind sie sogar noch etwas darüber hinausgegangen. Hiernach referierte Kollege Albrecht über: „Die gegenwärtige Lage und unsre Aufgaben“. Seine interessanten Ausführungen wurden mit hohem Interesse verfolgt, und der ihm sendende Briefkasten bewies das volle Verständnis für seine Darlegungen. Der Vorstehende dankte ihm den Dank der Versammlung ab. Dem Kassierer wurde lobend einflussmig Entlassung erteilt.

**B. Blankenese b. Hamburg.** Unser Ort, der als Luftkurort und Ausflugsort gilt und in enger wirtschaftlicher Beziehung zu den beiden Großstädten Hamburg und Altona steht, hat seit langen Jahren nicht nur die gleichen, sondern in vielem teurere Verhältnisse als letztere. Das Bestreben der hiesigen Kollegen war deshalb darauf gerichtet, daß auch den Buchdruckern Gleichstellung im Lohnverhältnis mit Hamburg-Altona zuteil werde. Wir waren hier nur bis zu 15 Proz. hinaufgekommen. Unter Ort war aber schon einige Zeit nach der letzten Tarifrevision in die höhere Gehaltsklasse (B) verlegt worden. Während die Firma Jöbs. Kröger die Wünsche ihres Personals bewilligte, konnte in der Druckerei Döffe noch nichts angenommen werden, da zur Zeit ohne Gehilfen. Ferner geht ein ebenfalls langgehegter Wunsch der hiesigen Mitglieder in absehbarer Zeit in Erfüllung, und zwar ihr Anschluß an Hamburg-Altona. Die Firma Kröger gewährte ihrem technischen Personal als Beihilfe für ein Lebensmittelangebot auch noch 200 Mk.

**Kanau.** Der Bericht der Vertrauensleute in der Versammlung am 6. Mai ließ erkennen, daß sämtliche hiesigen Druckereien Lohn- resp. Teuerungszulagen von 10 und 15 Mk. wöchentlich bewilligt haben. Trotzdem stellten sich die Anwesenden auf den Standpunkt, daß die Forderung der letzten Versammlung in bezug auf Entlohnung (20 Mk. Grundlohn ohne Teuerungszulage) festgehalten werden müsse. Weiter wurden noch folgende Forderungen gestellt: Gleichstellung betreffs des Lohnzuschlags mit Frankfurt, Verankerung der Faktion im Tarif, Verkürzung der Arbeitszeit für Maschinenfeger, Abschaffung der Nacharbeit.

**Kanau i. Schl.** Durch Vorstelligwerden des gesamten Personals der Druckerei G. D. Raupbachs Nachf. („Sonnauer Stadtblatt“) um Gewährung einer Guldenschuldenlämme wurden folgende Beträge bewilligt: Für Gehilfen bei einer Geschäftszugehörigkeit von 1 bis 5 Jahren 25 Mk., von 5 bis 10 Jahren 50 Mk., von 10 bis 15 Jahren 75 Mk., von 15 bis 20 Jahren 100 Mk.; für Lehrlinge im zweiten Jahre 25 Mk., im dritten Jahre 30 Mk., im vierten Jahre 40 Mk., sämtliche Hilfsarbeiter erhielten je 30 Mk. In der letzten Ortsvereinsversammlung wurde beschlossen, daß bei der Firma Sonnauer Druckerei, G. m. b. H. („Sonnauer Nachrichten“), von Seiten des Ortsvereins betreffs Zahlung einer Entlohnungsumme vorgeschlagen werden soll. Am andern Tag aber war der größte Teil der bei dieser Firma leitendsten Kollegen nicht mehr da, so daß sie für Zahlung einer Entlohnungsumme eintraten, vielleicht aus Angst, daß sie in der deutschnationalen Druckerei ihre Sinne verlieren könnten. Diese Kollegen scheinen mit ihrem Wochenlohn bei den jetzigen teuren Zeiten noch gut auszukommen.

**W. Warburg.** In der Versammlung am 4. Mai gab zunächst der Kassierer einen Jahresabschlußbericht, wofür ihm einstimmig Entlassung erteilt wurde. Nachdem der Bibliothekar und die Kartelldelegierten gewählt worden waren, beschloß man, in diesem Jahre wieder ein Johannisfest zu feiern, und zwar in kleinem Maßstabe. Zwei Neuausgewerksamte konnten dem Verbands angehört werden. Sodann kam man auf die Tarifauschüttung zu sprechen, wobei es zu einer lebhaften Aussprache kam. Eine entsprechende Entlohnung wurde einstimmig angenommen. Darin kam u. a. zum Ausdruck, daß sich durch die bisherige Festschließung der Teuerungszulagen eine ungerechte Benachteiligung, besonders der Städte mit 10 Proz. Lohnzuschlag, ergeben habe, was mit Deutlichkeit aus der Statistik des Tarifamts (Geschäftsbericht Seite 11) hervorgeht. In sämtlichen Lohn- und Altersklassen ergibt sich für diese Städte die verhältnismäßig geringste Erhöhung des Mindestlohns. Eine Beseitigung dieser Ungerechtigkeiten hielt die Versammlung für dringend erforderlich. Unter „Verständigen“ wies der Vorstehende noch einmal auf den Wert der „Typographischen Mitteilungen“ für vorwärtsstrebende Kollegen hin.

**Memel.** In der am 4. Mai abgehaltenen Versammlung wurde zu der Tarifauschüttung Stellung genommen. Die Kollegenchaft formulierten ihre Wünsche bezüglich der einzelnen Punkte in einer Entlohnung. Nach Erledigung dieses Punktes beschloß sich die Versammlung mit der einstimmigen Erteilung einer Typographischen Vereinigung. Nach Beratung des Vereinsstatuts wurde die Wahl des Vorstandes erledigt. Zum Vorstehenden und technischen Leiter wurde Kollege Drees gewählt, zum Kassierer Kollege Jonas. Die neugegründete Vereinigung bildet Geschäftsvereinbarungen um wohlwollende Zuwendung von Fachliteratur. Zum Schluß wurde beschlossen, in diesem Jahr am Stimmfahrstag einen Herrenspaziergang zu unternehmen. Die hier mit den Geschäftseleitungen in letzter Zeit geführten Verhandlungen zwecks Lohnanhebung haben den Erfolg gehabt, daß den Kollegen der hiesigen drei Druckereien eine Lohnzulage von wöchentlich 15 Mk., zahlbar ab 26. April, bewilligt wurde.

**Mittler i. Weßl.** Am 1. Mai konnte Kollege S. Weßl., Oberkassier der Ammerlückschuldruckeri Kob. Weßl. hier selbst, auf eine fünfzigjährige Berufstätigkeit zurückblicken. Nach Beendigung seiner Lehre in Gehrweg bei Kassel ging Kollege Weßl. auf die Wanderschaft und fand hier eine bleibende Stätte. Unter äußerst schwierigen Verhältnissen war er viele Jahre als Vorstehender des Orts- und Bezirksvereins tätig, und er dürfte in dieser Eigenschaft auch weiteren Kreisen bekannt geworden sein. Der Bezirk Münster wird das Glück eines jenes ältesten, am liebsten geschätzten und höchst geschätzten Mitgliedes in der 29. Mai im Vereinslokal Madenbrock stattfindenden Jahresversammlung durch besondere Ehreung begehren. Gleichfalls wird der Bezirk auch die fünfunds-zwanzigjährige Mitgliedschaft der Kollegen B. Weltermann, F. Frébet in Münster und G. Schöblich in Cronau in der üblichen Weise begehren.

**Ostebach a. M.** Die Bezirksversammlung am 7. Mai nahm Stellung zu den Forderungen der Frankfurter Gehilfen. Der Vorstehende berichtete zunächst über zwei Frankfurter Versammlungen zwecks einer Lohnaufbesserung, die auch in Form einer einmaligen Teuerungszulage von 60 Mk. erreicht wurde. Auf ein Schreiben des Kollegen Fischer an die Ostebacher Prinzipale war von diesen eine Antwort eingelaufen, daß sie sich den Frankfurter Prinzipalen bezüglich der Teuerungszulage anschließen würden. Die Diskussionsredner sprachen ihre Befriedigung über das Erreichte aus und dankten dem Bezirksvorstande für sein rühmliches und tatkräftiges Handeln.

**Stolz (Pommern).** Die letzte Versammlung unseres Ortsvereins nahm Stellung zur Tarifauschüttung. Ihre Tagesordnungspunkte wurden einer eingehenden Erörterung unterzogen. Die hierzu gefassten Beschlüsse wurden dem Gehilfenvertreter als Unterlagen bei den Verhandlungen zugestellt. Zwei Neuausgewerksamte wurden dem Verbands zugeworfen. Als äußeres Zeichen der Ehreung für unsere gefassten Vereinsmitglieder übergab der Vorstehende der Versammlung eine eindrucksvoll gehaltene Gedenktafel als Wandschmuck. Die Teilnahme an der Maifeier wurde einstimmig beschlossen. Währenddessen muß es leider werden, wenn man jetzt erzählt, daß es einige westwärtige Prinzipale im Schilde führten, diesen Tag, trotzdem er gesetzlich festgelegt ist, vom Feiertag abzugeben. In diesem Falle hätte die Gehilfenchaft gewußt, was zu tun war, um ihrem Anspruch Geltung zu verschaffen.

**Stuttgart.** Die am 5. Mai im Festsaal des „Gewerkschaftshauses“ abgehaltene Versammlung war sehr gut besucht. Hierzu hat wohl die Tagesordnung: „Die Metallung des Tarifauschüttung“, beigetragen. Der Vorstehende Klein gab an Hand der Tagesordnungspunkte das entleitende Referat, und seine Ausführungen wurden beifällig aufgenommen. Bei der Aussprache unterließ der erste Diskussionsredner die Ausführungen des Gehilfenvertreter, die allzu lange Festschließung der Teuerungszulage wurde getadelt. Die Minderung der Zulagen für höherentlohnte müßte wegfallen und die Ferien tariflich eingeführt werden. Die Stuttgarter hiesigen und staatlischen Arbeiter hätten heute schon die freien Sonntagsnachmittage, ebenso seien die Nachmittage vor Ferienlagen frei, ohne daß diese Zeit eingeholt werden müsse. Ihre materiellen Bezüge wären geringer als die vieler anderer Arbeiter. Trotzdem bringe es die „Zeitschrift“ fertig zu schreiben, der Nutzen der Tarifgemeinschaft lege nur auf Gehilfen. Das beweise die „Zeitschrift“ mit dem Millionenfonds des Verbandes, welcher neben einem angenehmen Pausen der Buchdruckergehilfen von diesen noch aufgebracht werden konnte. Redner trat dafür ein, daß sich unsere Tarifgemeinschaft den Zeitverhältnissen noch mehr anpasse, damit nicht eine Losung von ihr eintrete. Ein weiterer Redner wollte ebenfalls die Gehilfen materiell besser gestellt wissen. Er wies nach, daß für eine sechs-köpfige Familie ein Wochenlohn von 150 Mk. notwendig sei, um in der gegenwärtigen Zeit leben zu können. Ferien, 46stündige Arbeitswoche, Abschaffung der Stasierung der Teuerungszulagen seien Verlangen, die berücksichtigt werden müßten. Ein Kollege erklärte sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Er sei der Ansicht, daß es sich bei der diesmaligen Tagung um Sein oder Nichtsein der Tarifgemeinschaft handle. Er sei für Zentraltarife, da Lohnstarke eher hemmend für einen wirtschaftlichen Aufschwung der Arbeiterchaft wirken als fördernd. Auch er trat für Wegfall der Stasierung der Zulage ein. Ein beträchtliches Mehr an Lohn müsse erreicht werden. Ferner müßte man von den Prinzipalen verlangen, daß sie die von den Krankenkassen eingeführte Wartezeit von drei oder mehr Tagen bezahle. Unter sechs Tagen sollten keine Ferien gewährt werden, und jeder Kollege solle in deren Genuss treten. Die Arbeitszeit müsse verkürzt werden. Ein Provinzkollege trat warm für Ferienvergütung an alle Kollegen auch in der Provinz ein. Ein weiterer Redner brachte lokale Angelegenheiten zur Sprache. Ein Maximallohn von 2,50 Mk. für die Stunde sei nötig zum Leben, Ferienvergütung unerlässlich. Der nächste Redner wollte an die Stelle der Tarifgemeinschaft eine Kampforganisation gesetzt wissen. Nur der Kampf und kein Kompromiß führe uns besseren Zuständen entgegen. Die Arbeitslosen müßten eingestellt werden, und das könnte durch Ferienvergütung geschehen. Der in die gleiche Kerbe hauende nächste Redner legte sich für den Generalstreik über die Köpfe der Führer hinweg ins Zeug. Der letzte Diskussionsredner trat nicht nur für Aufbesserung ein, sondern er wünschte auch Abbau der Preise für die Bedarfsartikel. In seinem Schlusswort ging Kollege Klein auf die Wünsche und Anregungen ein, trat verchiedenen Ansichten entgegen, stellte anderes richtig, machte darauf aufmerksam, daß bei Verhandlungen auch die Prinzipale gleichberechtigt seien. Verlangen sei recht leicht. Er betonte, es werde alles geschehen, um zu erreichen, was irgend möglich sei. Nach dem Danke für die sachliche Aussprache wurde die Versammlung geschlossen, nachdem zuvor eine Anregung auf Festlegung der täglichen Arbeitszeit bzw. Nacharbeit dem Gehilfenvertreter als Material überwiesen worden war.

**Stuttgart.** Eine Doppelfeier veranstaltete die Kollegenchaft der Stuttgarter Buchdruckerergesellschaft am 10. Mai: Kollege Wilhelm Mann beging sein fünfzig-jähriges Berufs- und Kollege Karl Julius Weis sein fünfunds-zwanzigjähriges Geschäftsjubiläum. Kollege Mann arbeitete seit 42 Jahren ununterbrochen bei der Firma; er gehört seit seinem ersten Gehilfenjahre dem Verband an. Als brauer Kollege und langjähriger gewollter Kassierer des Ortsvereins erfreut er sich in weiten Kreisen der größten Wertschätzung. Auch Kollege Weis streifte sich allgemeiner Beliebtheit. Morgens wurden beiden Jubilaren an den geschäftlichen Arbeitsplätzen seitens der Firma und des Druckereipersonals an huldvolle Geschenke und Diplome überreicht; abends fand eine schlichte, aber wohlgeleitene Familienfeier statt.

o o o o o Rundschau o o o o o

**Mitteilungen der Redaktion.** Im weiteren Verfolg unseres Versprechens, die durch den Generalstreik in Leipzig ausgefallenen Nummern des „Korr.“ wieder einzuholen, teilen wir unsern geehrten Lesern mit, daß in der Woche, in welche der Stimmfahrstag fällt, sowohl als in der Pfingstwoche je drei Nummern erscheinen werden. Aus diesem Grunde bitten wir, daß sie zu sorgen, daß für Nr. 60 bestimmte Anzeigen, Bekannmachungen usw. spätestens am 28. Mai früh und für Nr. 64 bestimmte Einblendungen spätestens am 6. Juni in unsern Händen sind. — Gleichzeitg machen wir die Erklärung, daß die Stellungnahme zu dem Ergebnisse von Ostwörterkonferenz, Tarifauschüttung und zu dem Schiedsspruch nicht in der Form einer unbeschränkten Artikeldiskussion wie vor den Berliner Tagungen möglich ist. Sie hat vielmehr wie im vergangenen Jahr in der Weise zu erfolgen, daß die Mitglieder ihrer Anteil durch entsprechende Erklärungen

abgeben; wir bitten jedoch dabei den für den Monat Juni verbleibenden geringeren Papierverbrauch zu berücksichtigen, also in der Verleihenstellung die größte Beschränkung zu beobachten und deshalb etwaige längere Resolutionsen nur flüchtig wiederzugeben. Es kann sich jetzt nicht mehr um die Verlegung von Einzelansichten handeln, sondern um die Abgabe von Kollektivmeinungen. Wir wollen bei dieser Gelegenheit auch mitteilen, daß zu dem diesmal sehr wichtigen Gewerkschaftskongress schon mehrere Artikel vorliegen und für weitere in begrenztem Umfang Raum beschafft werden muß. Selbstverständlich wird die Redaktion zu dem in der nächsten Nummer erscheinenden Beschlusprotokoll über die Fortausführung wie vielfach auch zu den Verhandlungen des Schlichtungsausschusses notwendig erscheinende Ergänzungen in freier Besprechung bringen.

**Buchdrucker im Kommunaldienst.** In Eberswalde: Philipp Kopf, Karl Schindhelm und Franz Heinrich als Stadterordnete. — In Frankfurt a. M.: Otto Grünwald als Verwalter des dem städtischen Arbeitsamt angegliederten Facharbeitsnachweises für das graphische Gewerbe. — In Koblenz: Hermann Bakenecker als Kreislagsabgeordneter. — In Kunersdorf (Kreis Weißerhorn): Reinhold Stever als Gemeindevorsteher und Kreislagsabgeordneter. — In Deutsch-Ostka bei Görlitz i. Schl.: Fritz Wolke als Gemeindevorsteher und Kreislagsabgeordneter des Landkreises Görlitz. — In Sangerhausen: Strensch und Schmels als Stadterordnete. — In Stendal: Mantke. — In Uzen: Hermann Schrader als Kreislagsabgeordneter des Kreises Uzen.

**Bezugscheinrückstellungen.** In Gemeinschaft mit einem 19jährigen Kaufmann, dessen Mutter in Bitterfeld eine Druckerlei betreibt, fertigte ein 25 Jahre alter Schriftsetzer in besagter Druckerlei Bezugscheine an, verlor diese mit einem selbsthergestellten Stempel des Magistrats Bitterfeld, um sie dann an einen Polen in Leipzig zu verkaufen, der die Scheine ausfüllte und verkaufte. Das verdächtige Aufsuchen von Bitterfelder Bezugscheinen in Leipzig führte zur Verhaftung dieses Polen, der jedoch nach der Revolution befreit und dann kühnlich wurde. Im ganzen sollen etwa 200 Scheine gefälscht worden sein. Schriftsetzer und Kaufmann hatten sich nun kürzlich vor dem Schwurgericht in Halle a. d. S. wegen schwerer Urkundenfälschung zu verantworten. Die Geschworenen bejahen bei beiden Angeklagten die Schuldfrage, billigten ihnen aber mildere Umstände zu, worauf das Gericht die Angeklagten zu einer Gefängnisstrafe von je zehn Monaten verurteilte.

**Uvidenden.** Die Köhler Verlagsanstalt und Druckerlei Aktiengesellschaft zu Köhlsballe im Jahre 1918 einen Rohgewinn von 2,94 (im Vorjahre 2,17) Mill. Mk.; trotz der stillgelegten Linien, Eöhne usw. und nach 291 082 (291 873) Mark Abschreibungen verblieben noch 135 283 (112 673) Mark Reingewinn, woraus 6 (5) Proz. Uvidende verteilt werden.

**Zellung für Angestelltenausschüsse.** Unter dem Titel „Der Angestelltenauschub“ wurde in Leipzig ein Nachrichtenblatt für die Obleute und Mitglieder von Angestelltenausschüssen gegründet, das vom Verband Deutscher Handlungsgehilfen, der zu einer Allgemeinen Deutschen Angestellten-Gewerkschaft erweitert worden ist, herausgegeben wird. Dieses Organ wird an alle Interessenten, auch an die Betriebsvertrauensmänner, kostenlos abgegeben.

**Die deutsche Einheitschule.** Nach der Staatsumwälzung ist die Neuordnung des gesamten deutschen Schulwesens zur unabweislichen Notwendigkeit geworden. Um

dieses Ziel zu erreichen, ist eine neue Monatschrift gegründet worden, die im Verlage von Verb. Stellung in Oldenburg i. Gr. erscheint und den Titel: „Die deutsche Einheitschule, Zentralblatt für das gesamte Schulwesen“, führt. Herausgeber ist Professor Dr. Kullrich, Vorsteher der Staatlichen Musikschule für das gesamte Schulwesen in Berlin.

**Ausstellung der Reichsstelle für Papierholz.** In einem Rundschreiben des Verbandes Deutscher Papierholzhändler unterrichtet dieser seine Mitglieder davon, daß die Reichsstelle für Papierholz zum 1. Oktober d. J. aufgelöst wird. Demnach tritt von diesem Termin ab wieder der freie Handel mit Papierholz ein. Ob damit der Allgemeinheit gedient ist, erscheint mehr als fraglich, denn der Zwang zur Herstellung von Druckpapier würde in Wegfall kommen, und fehlen Endes wären die Buchdruckereien und damit nicht nur die Angehörigen des Buchgewerbes, sondern auch die gesamte Öffentlichkeit geschädigt.

**Ausstellung von Revolutionsdrucksachen.** Seit einigen Wochen bietet die Deutsche Bucherei in Leipzig dem Besucher eine erhebliche Anzahl von Revolutionsdruckschriften, mit denen das Volk seit den denkwürdigen Novembertagen geradezu überschwemmt worden ist. Die Ausstellung ist sehr interessant und auch lehrreich. Eine Fülle von Plakaten, vor allem Werbeplakate der Parteien mit kurzem, auffälligen Text, ist vorhanden; auch fremdsprachliche Ansätze für die Nationen in den Seelagenlagern sowie für die Polen werden dem Publikum vor Augen geführt. Man sieht zahlreiche Broschüren und Flugblätter, die Probleme behandeln, welche durch die Revolution aktuell geworden sind. Eine beachtenswerte Ausstellung, die jedoch erst als der Vorläufer einer größeren betrachtet werden muß, denn die Deutsche Bucherei hat einen Aufruf erlassen, in welchem sie eruchtet, alle Ercheinungen vom Buche bis zum Handzettel während der Revolutionszeit zu sammeln und ihr zuhändigen, um für spätere Zeit eine Ausstellung größeren Stils nach dieser Richtung veranstalten zu können.

**Wirtschaftskunde in den Volkshochschulen.** Die sächsische Regierung stellt auf dem Standpunkte, daß Mitglieder von Arbeiterräten, Arbeiterausschüssen usw. sowie sonstigen Vertretungen der Arbeiterchaft eine eingehende Ausbildung auf wirtschaftlichem Gebiete ermöglicht werden muß. Da nun aber bei den häufigen Veränderungen in der Befehung dieser Ämter die Einrichtung besonderer Ausbildungskurse nicht genügt, da außerdem die Teilnahme an solchen leicht die Fühlung zwischen den Beteiligten und der übrigen Arbeiterchaft zu stören und damit das Vertrauen bei dieser zu mindern geeignet ist, ferner bei dem regen Bildungsstreben der Arbeiterchaft auch zahlreiche andre Arbeiter das Verlangen nach einer Erweiterung ihrer wirtschaftlichen Kenntnisse haben, so hat das Arbeitsministerium angetregt, daß die in der Einrichtung begriffenen Volkshochschulen die Wirtschaftskunde mit besonderer Nachdrucke pflegen und so nicht nur den gegenwärtigen Arbeitervertretern eine Vertiefung ihres wirtschaftlichen Wissens ermöglichen, sondern auch einen größeren Kreis von Arbeitern heranbilden, aus denen die Arbeiterchaft künftighin Vertreter zu wählen vermag.

**Zur Lage des Arbeitsmarktes.** Nach den Berichten von Zentralaussenstellen, welche am 10. Mai abgeschlossen wurden, hat die Befehung des Arbeitsmarktes im allgemeinen weitere Fortschritte gemacht. Mit Ausnahme von Hannover, Bremen und Dresden ist die Zahl der Arbeitslosen in langsame, aber stetig Abnehmen begriffen. In der Landwirtschaft nimmt die Nachfrage nach Arbeitern in vielen Gegenden allmählich ab; einzelne Bezirke melden jedoch noch immer regen Bedarf an Arbeitskräften. Im Hinblick auf die Industrie ist zu berichten, daß die Nach-

frungs- und Genussmittelbranchen noch wie vor daniederliegen, während in der Holzindustrie und im Bekleidungs-gewerbe Arbeitsgelegenheit in steigendem Maße vorhanden ist. Große Nachfrage besteht im niederdeutschen Industriebezirk nach Arbeitern für die Gruben, für die Ziegeleien und für Chauffeurarbeiten, ebenso in der Niederlausitz für die Kohlenwerke. In Stuttgart ist die Arbeitslosigkeit für männliche Kräfte gestiegen, während auf dem weiblichen Arbeitsmarkt ein Niedriggang der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen ist. Schließlich konnte auch in Baden die Zahl der Erwerbslosen verringert werden.

**Offene Schreiftelle.** Für Helfenkirchen wird ein Arbeiterführer gesucht. Verlangt wird eine tüchtige Kraft mit guten Kenntnissen der Sozialgesetzgebung. Gehalt nach den Bestimmungen des Vereins Arbeiterpresse, Dienstjahre in der Arbeiterbewegung werden angerechnet. Eintritt möglichst bald. Bewerbungen sind mit der Aufschrift „Bewerbung“ bis zum 15. Juni an den stellvertretenden Paul Kämmerer, Helfenkirchen, Florstraße 33, zu richten.

### Briefkasten

**S. H. in Greiz:** Unter den dargelegten Umständen kann nur Verständigung mit den örtlichen Instanzen zum gewünschten Ziele führen.

### Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamißplatz 5 II.  
Fernsprecher: Amt Aurfuß, Nr. 1191.

**Gau Mecklenburg-Vibech.** Gestohlen sind am 13. Mai auf einem Berliner Bahnhof außer andern Papieren: 1. das Buch des Sehers Heinrich Menges aus Ludwigs-luff (Sauptbuchnummer 17206, Gau Mecklenburg-Vibech Nr. 1503); 2. das Buch des Sehers Sob. Franz Nechawata, geb. 21. November 1887 in Wien (Nummer unbekannt, deutsche Nummer noch nicht eingetragen). In diesem Buche lagen auch einige rote Karten, welche die Mitgliedschaft beim englischen Verbands bezeugten. Es wird dringend gebeten, die Bücher beim Vorbeigehen anzuhalten und den Inhaber verhaften zu lassen.

### Verammlungskalender

**Bonn.** Bezirksversammlung Sonntag, den 1. Juni, im „Düsseldorfer Hof“ in Bonn. Anträge an den Vorstehen. **Dresden.** Verammlung Sonntag, den 25. Mai, vormittags 10<sup>1/2</sup> Uhr, im großen Saale der „Zentralhalle“, Friedrichs-platz 10. **Greiz.** Verammlung Montag, den 26. Mai, abends 7<sup>1/2</sup> Uhr, im „Brig Kar“ (Salzstraße). **Helen.** Bezirksversammlung Sonntag, den 15. Juni, vormittags 10 Uhr, im „Schöngarten“, in Wehlar. Anträge bis 7. Juni an den Vorstehen. **Mechern.** Mischener Arbeiter-Bezirksversammlung Donnerstag, den 25. Mai (Sammelabstimmung), vormittags 10<sup>1/2</sup> Uhr, in den „Hollo-Gelassen“, Wallstraße 2a. **Mühlhausen i. Th.** Verammlung heute Sonnabend, den 24. Mai, abends 8 Uhr, in Selters Lokal, am Bahnhof. **Planen i. B.** Verammlung heute Sonnabend, den 24. Mai, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus „Schillergarten“.

### Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Schiedspruch des Reichsarbeitsamts für das deutsche Buchdrucker-gewerbe.  
Mittel: Die Arbeiterchaft und der Entensfrieden.  
Korrespondenzen: Berlin. — Berlin (M. G.). — Bielefeld. — Bismarck. — Hanau. — Gannau. — Marburg. — Meißen. — Mühlert i. W. — Offenbach a. M. — Stolp i. Pom. — Stuttgart.  
Nachrichten: Mitteilungen der Redaktion. — Buchdrucker im Kommunaldienst. — Bezugscheinrückstellungen. — Uvidenden. — Zeitung für Angestelltenausschüsse. — Die deutsche Einheitschule. — Auflösung der Reichsstelle für Papierholz. — Ausstellung von Revolutionsdrucksachen. — Wirtschaftskunde in den Volkshochschulen. — Zur Lage des Arbeitsmarktes. — Offene Schreiftelle.

Für unsere Seherabteilung suchen wir zum baldigen Antritt einen **ersten Akzidenzsetzer** der im Entwurf, Satz und Zeichnung Erfüllnisse leistet. Dr. Frenkler & Co., Graph. Anstalt, Leipzig-Görlitzerstr.

Flotter, tüchtiger, selbständig arbeitender **Akzidenzsetzer** findet dauernde Stelle. Offerten mit Gehaltsverlangen, Lohnanprüchen und Zeugnisabschriften an **G. Kollerhoff, Dibe 1. W.**

Für sofort suchen wir tüchtigen **Maschinensetzer** für Einzelopernarbeiten, ferner einen **Maschinenmeister** für Formulierung und Labelldruck in Dauerstellung. Angebote mit Zeugnisabschriften und Gehaltsanprüchen erbitten an **„Deutscher Zeitung“, Heusen (S. G.).**

Tüchtiger **Schweizerdegen** 24 Jahre alt, noch in ungehinderter Stellung, sucht für sofort anderweitige Stellung. **Heinrich Wötcher, Osterberg (Wilm.), Breite Straße 56.**

Tüchtige, zuverlässige **Schriftgießer** für Feuchter-Schneidemaschine Type I und II zu möglichst sofortigem Eintritt gesucht. **1800 Bayersche Gießerei, Frankfurt a. M.**

Sucht tüchtige **Schriftgießer** **Georg & Senje, Schriftgießerei M. O. Hamburg.**

**Faktor Oberfaktor** rout. Setzungsachtm., vorz. Disponent u. Kalkul., großjährig, Organisi., u. Propag., energisch, fleißig, Charakter, angenehme Umgangsformen, lahmlos u. gewandt, mit dem gel. mod. Setzungsweisen vertraut, sucht per 1. Juli oder später andere Stellung. Bisher in nur renom. Betrieben tätig gewesen. Borzähl. Refer., letzte Stellung 3<sup>1/2</sup> Jahre. Geh. Angebote mit Gehaltsvorzähl., unter Nr. 814 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

**Oberkorrektor** verantwortl. Angelegenheiten, in nur größten Betrieben langjähr. tätig, schneller, fester Arbeiter, flotter Revisor, fester Korrektor, sucht per 1. Juli oder später Stellung. Geh. Angebote mit Gehaltsangaben unter Nr. 815 an die Geschäftsstelle d. Bl.

**Galvanoplastiker** 23 Jahre alt, mit allen Arbeiten vertraut, sucht Stellung, eventuell als Galvanoplastiker-Belegarbeiter. Gute Empfehlung steht zur Verfügung. Zuschriften mit Lohnangabe erbitten an **1804 M. Schorlein, Stuttgart, Urbanstr. 44.**

**Dresdner Buchdrucker-Gesangverein** Simmelfahrtstag, 29. Mai 1919: **Serenitätsparade** von „Wilder Mann“, Borsdorf, Mahnsdorf, Meiers, Sängerbühne, Friedensburg nach Köhlsballe. Treffen 9<sup>1/2</sup> Uhr „Wilder Mann“ (Einsammlung Linie 6). Um zahlreiche Beteiligung eruchtet Der Vorstand.

**Wie soll ich zurücktreten?** Ein Leitenden j. Kaufbau der Einrichtung in allen Druckarten auf Schnellpresse u. Siegel, 112 G., 22 Abb., 20 Kol. a. Stundendruck, geb. postfrei 2,15 Mk.; ferner **Der Buchdrucker am „N. B.“** Ein Hageder j. Einstellung des Interests-Bogenzählwerks auf alle Papierarten; 93 G., 80 Abb., 55 Abb. geb. 1,55 Mk. postfrei geb. Voreinsend. od. Nachn. v. Verl. M. Rauch, Stuttgart, Ludwigsstraße 20.

**Akzidenz-, Werk- und Setzungssetzer** finden geeignete Fachlehrbücher im Graph. Verlag **A. Stegl, München 3, Kolbusstraße 1, Katalog 25 W.**

**Fehlerbuch von G. v. Coelln** Samml. v. Sprachlehren, portofr. 1,75 Mk. u. and. gute Fachbücher f. Korrektoren. Neue Preislifte auf Wunsch kostenlos. Die Verlagsabteilung im W. v. D. F. G. Leipzig, Salomonstr. 8, Postk. Nr. 53430.

**Für die Preisberechnung** und Kalkulation von Druckarbeiten empfiehlt geionene Fachlehrbücher **Graph. Verl. A. Stegl, München 3, Kolbusstraße 1. — Katalog 25 W.**

Achtung! Anbleie großen Posten des unerreichten **Handwerkermittels** **Kritik** Größt. Senkel-Prod. Verbliff. Reinigungsstrahl. Keine-Osele od. ähnl. Ersatz. Wird wie Bimsst. behandelt. In jeder Offiz. u. a. Gewer. eingeführt u. glanz. bewährt. Einzelstücker 10 Pf. Mindestabz. 100 St. Vorausz. o. Nachn. Verl. v. M. Messner, Leipzig-Alteing. 10, Gohlstraße 12 f.

Am 21. Januar 1919 verstarb an Lungenentzündung im 86. Lebensjahre, drei Tage vor seiner Entlassung, mein lieber Freund und Kollege, der **Seher** **Heinrich Fuchs** geb. am 2. Februar 1833 zu Berlin, nachdem er vier Jahre lang die Strapazen dieses Krieges auf dem sächsischen Kriegsschauplatz hat durchstehen müssen. Allen, die ihn gekannt, wird er wie mir durch seinen edlen Charakter, durch seine treue Freundschaft in ehrenden Gedanken bleiben. **Otto Seiffert, Berlin.**

**Kollegen Queblinburgs!** Neu eröffnet **Dillinger Weg 1a** **Restaurant und Café** **Zum Gutenberg** Zimmer mit Piano und kleiner Saal zu Verammlungen und Festlichkeiten zur Verfügung. **Ergebenst Fritz Jach.**

Am 17. Mai verstarb unser lieber Kollege, der **Maschinenmeister** **Kaver Rudorf** im Alter von 20 Jahren. Nachdem er verwundet aus dem Felde zurückkam und kaum genesen war, mußte er durch einen Unglücksfall sein junges Leben lassen. Wir werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren. **Die Kollegen der Firma Joh. Walch, Augsburg.**

Nach 283 tagelangen schweren Leiden verstarb am Montag, dem 12. Mai, unser lieber Kollege, der **Obermaschinenmeister** **Karl Dießendel** aus Markneukirchen, im Alter von 34 Jahren. Durch seinen offenen, kollegialen Charakter erwarb er sich die Liebe und Achtung aller Kollegen. Ein freies Andenken bewahren ihm **Ortsverein Poßdam, Bezirksverein Poßdam, Maschinenmeisterklub, Gesangverein „Gutenberg“.**